

Globalisierung

Ein Beitrag von ChristNet (Markus Meury)

In diesem Text soll aufgezeigt werden, was Globalisierung ist und wie sie funktioniert. Wir beschränken uns auf die wirtschaftliche Globalisierung, weil diese am ehesten beeinflussbar ist. Die wichtigsten Akteure (IWF, Weltbank, WTO, etc.) werden vorgestellt. Wir möchten auch zeigen, inwiefern diese Institutionen als Interessenvertreter der globalen Wirtschaftskonzerne und der reichen Länder Zwang auf die Länder des Südens ausüben und die Armen in noch grössere Not treiben.

Decken wir die Rechtfertigungsideologien auf, die unsere eigenen Interessen auch als die Interessen der Armen sehen möchte. Eine Veränderung der Herzenshaltung der reichen Länder und Konzerne tut Not. Stellen wir unsere eigenen Interessen gegenüber dem Überlebenskampf der Armen endlich hintan. Ändern wir die Spielregeln, indem wir unsere Macht nicht ausnützen. Jetzt ist die Zeit, sich einzusetzen.

Was ist Globalisierung?

Unter Globalisierung kann allgemein die immer stärkere Interaktion aller Teile der Welt verstanden werden. Dies betrifft viele verschiedene Bereiche:

- vermehrte Reisen, vor allem aus den Industrieländern in andere Teile der Welt
- zunehmende Fern-Migration
- zunehmende Kommunikation zwischen den Erdteilen, wobei diese durch das Internet einen starken Schub erhalten hat
- Handel und Finanzmärkte:
 - o zunehmendes Drängen auf neue Märkte (da die Heimmärkte gesättigt sind und das immer stärkere Wachstum von Unternehmen ihnen eine vermehrte Expansion ins Ausland erlaubt)
 - o zunehmender Abbau der Zollschraken. In Zukunft auch Abbau von indirekten „Hindernissen“ (Normen sowie Subventionen von einheimischen Produzenten)
 - o Zudem: mit zunehmender Handelsmenge fallen die Transportkosten, was wiederum den Handel verstärkt
- Kulturelle Angleichung durch all die vorhergehenden Faktoren, vor allem Angleichung aller Länder an die westliche Lebensweise

Was uns hier besonders beschäftigt und von kritischer Wichtigkeit ist, ist die wirtschaftliche Globalisierung, und zwar

- Weil aufgrund des Einflusses der Wirtschaft auf alle Lebensbereiche der wirtschaftlichen Globalisierung zentrale Bedeutung zukommt
- Weil es hier auch um ganze Staatsmodelle, Gesellschaftsmodelle, Menschenbilder und Lebensphilosophien geht (Zum Beispiel in folgenden grundsätzlichen Oppositionen: alles privat <-> alles für alle zugänglich;

Chancengleichheit <-> unterschiedliche Lebenschancen; alles käuflich und business <-> gewisse Bereiche nicht Business, sondern Kultur; etc.)

- Weil in diesem Bereich Globalisierung nicht einfach geschieht, wie gewisse Politiker glauben machen, sondern aktiv geformt, gefördert oder verhindert werden kann
- Weil in diesem Bereich Globalisierung für das Leben und die Lebenschancen von Milliarden von Menschen direkte Konsequenzen hat!

Wer stellt nun aber die Regeln dieser Globalisierung auf? Wer steckt dahinter? Wer drängt auf die Liberalisierung des Welthandels? Wir stellen im Folgenden die Hauptakteure vor.

Hauptakteure

World Trade Organization (WTO)

Im WTO haben zwar alle Länder gleich viele Stimmen, aber die Entwicklungsländer haben nicht genügend Geld, sich ständige Delegationen zu leisten und haben damit erstens auf die Ausarbeitung der Abkommen wenig Einfluss, und zweitens können sie sich über die Lobby der Multis hinaus kaum die Ressourcen leisten, um sich ein vollständiges Bild zu verschaffen.

In den 30er Jahren hatten alle Länder mit protektionistischen Massnahmen auf die weltweite Wirtschaftskrise reagiert und die Krise damit verschlimmert. Im Jahre 1947 beschlossen die Industrieländer, dass die Zölle deshalb generell abzubauen und der Freihandel zu fördern sei. So wurden die GATT-Verhandlungen gestartet (General Agreement on Tariffs and Trade). Von damals im Schnitt 45 % sind die Zölle inzwischen schon auf 3% gesunken.

An der sogenannten Uruguay-Runde, die bis 1995 dauerte, wurden zum ersten Mal auch neue Themen diskutiert, so z.B. der Schutz des geistigen Eigentums, der Abbau von handelsbehindernden Normen (nationale Fabrikationsnormen, aber auch Umwelt- und Gesundheitsnormen!), Erleichterung von Auslandsinvestitionen, Zugang zu öffentlichen Aufträgen und der Abbau von Subventionen auch für Dienstleistungen. Der Handel und das Business sollte keine noch so kleine Einschränkung mehr haben. So konnte Frankreich nur schwer durchsetzen, dass es das Recht hatte, das einheimische Filmschaffen zu subventionieren, weil Film mehr ist als nur Business, wie es amerikanische „Marktkonkurrenten“ sehen...

1995 wurde aus dem GATT das WTO, die World Trade Organization. Was in der Uruguay-Runde schon diskutiert, aber meist nicht verwirklicht worden ist, sollte diese Organisation mit weiteren Verhandlungsrunden zum Durchbruch verhelfen. Die neuste Runde wurde im Jahr 1999 in Seattle begonnen, wo sie aber stecken blieb, einerseits wegen Uneinigkeit zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern, andererseits auch behindert durch Massenproteste. Im November 2001, im protestfreien Doha (Katar, deshalb Doha-Runde genannt), wurde ein Grundsatzpapier verabschiedet, das Verhandlungsziele für die nächste Runde festhält. Diese sollte etwa drei Jahre dauern und vor allem Liberalisierungen im Dienstleistungssektor zum Ziel haben, den GATS (General Agreement on Trade and Services): So sollen auch öffentliche Dienste wie Schulen und Spitäler ausländischen Investoren offen stehen, und diese dürfen nicht gegenüber einheimischen Anbietern benachteiligt werden. Der Vertrag sieht zwar vor, dass es möglich ist, einzelne Bereiche von der Liberalisierung auszunehmen. Doch der Druck, diese Bereiche

ebenfalls zu öffnen, wird bestehen bleiben, so lange ein profitables Geschäft winkt. Vor Allem arme Länder des Südens könnten sich diesem Druck nicht lange entziehen. So könnte in Zukunft also soweit kommen, dass ein amerikanischer Schulkonzern Schulen billiger betreibt als eine schweizerische kantonale Schulbehörde, und der Staat dem amerikanischen Konzern seine Schulen zum Betreiben geben muss. Je nach Ausgestaltung könnte es soweit kommen, dass der Staat keine eigenen Schulen mehr betreiben *darf*, weil dies als Subvention gilt und er damit andere Marktteilnehmer benachteiligt. Auch das Schweizer Fernsehen, die SBB, die AHV, etc. dürften nicht mehr in der heutigen Form (also mit staatlichem Schutz und gesetzlichen Solidaritätsbestimmungen) bestehen. Unsere demokratisch gewählten Organe dürften dann auch für öffentliche Güter, die ausländischer Konkurrenz unterliegen könnten, keine Preise mehr festsetzen und auch keine Umweltauflagen machen, denn das wäre Behinderung von ausländischen Mitbietern. Diese GATS-Verträge würden also die Privatisierung des gesamten öffentlichen Sektors bedeuten. Damit würde erstens der Zugang zu genügender öffentlicher Versorgung nur noch für kaufkräftige Schichten gewährleistet, und zweitens wichtige gesellschaftliche Bereiche der demokratischen Kontrolle entzogen.

Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF)

Die sogenannten Bretton Woods –Institutionen wurden 1944 von den Westalliierten ins Leben gerufen und sollten den Finanzsektor so gestalten, dass weltweite Krisen wie in den 30er Jahren verhindert werden.

- Die Weltbank sollte günstige Kredite für Wiederaufbau und Entwicklung geben. Sie ist auch die Urheberin des Marshall-Planes für den Wiederaufbau des kriegszerstörten Europas.
- Der IWF sollte vor allem den Notenbanken als Sicherheit zur Verfügung stehen, wenn sie in Not geraten, und den Ländern Überbrückungskredite in Finanzkrisen gewähren können

Die Hauptgeldgeber der beiden Institutionen sind die reichen Länder des Nordens, die sogenannten G10 (die zehn wirtschaftsstärksten Staaten). Sie haben denn auch die meisten Stimmen in den entsprechenden Gremien und beherrschen die Geld- und Wirtschaftspolitik des IWF und der Weltbank. Unter diesen Ländern hat die USA zudem den grössten Einfluss. Ohne ihre Zustimmung kann kein Direktor dieser Institutionen gewählt werden. Ihre Wirtschafts- (und Gesellschafts-) philosophie beherrscht die Institutionen. In den letzten zwei Jahrzehnten haben der IWF und die Weltbank denn auch denselben Wandel in der Wirtschaftspolitik mitgemacht wie die USA, und zwar zum Neoliberalismus: die Kredite, auch diejenigen für die in Not geratenen und verschuldeten Länder, wurden an Bedingungen geknüpft, die den Umbau der Wirtschaft und des Staates zum neoliberalen System erforderten: Austerität (radikale Kürzungen des Staatsbudgets auf Kosten der Gesundheit und der Bildung), Privatisierung (z.B. der Wasserversorgung), freier Marktzugang für ausländische Unternehmen, etc.

Trotz Protesten in aller Welt waren der IWF und die Weltbank zu keinerlei Änderung ihrer Zwangspolitik bereit. Stanley Fisher, Chef des IWF, meinte einmal einfach: „Es gibt nur eine Wirtschaftstheorie“, was wir eben bestreiten. Und dies bestreitet auch gerade der ehemalige Chefökonom (1997-2000) der Weltbank, Joseph Stiglitz, in

seinem Buch „Die Schatten der Globalisierung“¹. Er weist nach, dass diejenigen Länder, die während Finanzkrisen dem Zwang des IWF nicht nachgegeben haben, heute wirtschaftlich viel besser dastehen als die anderen (ganz zu schweigen vom sozialen Zustand). Stiglitz zeigt in diesem Buch auch, wie stark der IWF und zum Teil auch die Weltbank von den Interessen der Industriestaaten und der Wirtschaftskonzerne beherrscht werden, und wie Interessen zu Ideologien werden.

Inzwischen hat der IWF immerhin ein spezielles Programm zur Bekämpfung von Armut geschaffen, mit dem unter Anderem das Bildungs- und Gesundheitswesen finanziert werden soll (Poverty Reduction Strategy Papers). Gegen Vorlegung eines speziellen, zusammen mit der Zivilgesellschaft erarbeiteten Programmes zur Armutsbekämpfung erhalten die entsprechenden Länder besonders günstige Kredite. Allerdings bleiben die oben kritisierten Strukturanpassungszwänge oft Bedingung für diese Kredite. Die eine Hand gibt, die Andere nimmt es wieder... Dürfen wir hoffen, dass der IWF und die Weltbank wirklich aus Fehlern lernen? Nur teilweise, denn der Druck der Industrieländer und multinationalen Konzerne auf Zugang zu lukrativen Märkten wird bestehen bleiben.

OECD

Die westlichen Industrieländer haben sich nach dem 2. Weltkrieg zur OECD zusammengeschlossen (Organisation für Ökonomische Kooperation und Entwicklung). Diese Organisation führt Studien zur Wirtschaftspolitik und Handel zwischen den OECD-Staaten durch und bildet gleichzeitig ein Forum für die wirtschaftliche Zusammenarbeit. In diesem Rahmen wurde Mitte der 90er Jahre im Geheimen ein Abkommen ausgehandelt, das Staaten verbietet, ausländische Unternehmen auch nur indirekt am Marktzugang zu behindern. Bei diesem „Multilateralen Investitions-Abkommen“ (MAI) wären Staaten einer OECD-Wirtschaftsgerichtsbarkeit unterworfen gewesen, die auf Klage von Unternehmen fragliche Staatsgesetze hätte aufheben können. Dieses geplante Abkommen hätte zum ersten Mal in der Geschichte nicht nur die faktische, sondern auch das legale Primat der Wirtschaft gegenüber dem demokratischen Staat gegeben. Nachdem NGO's diese Pläne im 1997 an die Öffentlichkeit getragen hatten, formierte sich in vielen Ländern Widerstand auf der Strasse, und die Französische Regierung war 1998 nicht mehr bereit, dieses Abkommen weiterzutragen, was die Pläne zum Scheitern brachte.

Inzwischen hat eine ähnliche Bestimmung im nordamerikanischen NAFTA-Abkommen (USA, Kanada und Mexiko) aber Aufnahme gefunden, was bereits erste namhafte Konsequenzen hatte: so musste zum Beispiel die Kanadische Regierung das Verbot eines krebserregenden Benzin-Zusatzstoffes zurückziehen, weil der amerikanische Produzent dieses Stoffes auf Benachteiligung klagte. Ein ähnlicher Fall betraf die kalifornische Regierung. Und eine mexikanische Stadt musste die Schliessung einer privaten Giftdeponie, die das Grundwasser verseuchte, auf Klage der ausländischen Besitzerfirma wieder aufheben... Inzwischen sind einige mittelamerikanische Länder einem ähnlichen Vertrag mit den USA beigetreten (Tratado de Libre Comercio, TLC).

UNO

¹ Joseph Stiglitz: „Die Schatten der Globalisierung“; Siedler Verlag, Berlin 2002

Hat die UNO hier nichts zu sagen? Je länger je weniger! Diejenigen UNO-Organisationen, die sich mit Wirtschaft und mit Handel beschäftigen (UNCTAD, BIT, etc.), wurden vor allem von den USA finanziell abgeschnitten. Man muss wissen, dass in den entsprechenden UNO-Organisationen jedes Land gleich viele Stimmen und damit Einfluss hat. Im Gegensatz dazu sind IWF, Weltbank und WTO von den USA und den westlichen Staaten beherrschend.

Theorie und Interessen

Im Zentrum der für den Welthandel angeführten Grundlagen steht die Theorie der komparativen Vorteile. Diese besagt, dass sich Staaten auf die Produktion von Gütern konzentrieren sollen, die sie im Vergleich zu den anderen Staaten im Preis/Leistungsverhältnis am Besten herstellen können. Wenn alle Staaten dies tun und ihre Güter weltweit handeln, dann wird maximale Effizienz und Qualität gewonnen, und die Wirtschaft wächst überall. Die Theorie besticht durch ihre Monokausalität: Sie unterschlägt, dass andere Faktoren viel wichtiger sind. Konkret heisst „Besser können“ meist „tiefere Löhne, Sozialstandards und Steuern“. Die Preise werden dadurch zwar gesenkt, aber die Arbeiter bezahlen dafür. Weitere theoretische Voraussetzungen für diese Theorie sind in der Realität mitnichten gegeben. Trotzdem lässt sich nachweisen, dass Freihandel tendenziell für alle beteiligten Länder mehr Wachstum generiert als Protektionismus. Ob dies aber wirklich als positiv zu werten ist, hängt entscheidend von den Rahmenbedingungen ab (siehe dazu auch Stiglitz):

- Wachstum ohne Umverteilung (Steuerpolitik, soziale Sicherheit) und ohne Chancengleichheit (Gratisbildung und Gesundheit für alle) nützt den Armen gar nichts. Dies hat auch eine Weltbankstudie von Lindberg bestätigt.
- Im Gegenteil können Massnahmen, die Wachstum fördern, unter Umständen die Armen dieser Länder in noch viel grössere Not treiben (Austeritätspolitik des Staates, Privatisierung von Wasser, etc.), oder sie gerade von lebenswichtigen Bereichen ausschliessen (z.B. durch Privatisierung des Gesundheits- und des Bildungswesens).
- Die vom IWF aufgezwungenen und auch in der WTO diskutierten Massnahmen und Wirtschaftsregeln haben zur Folge, dass die Bevölkerungen und ihre Regierungen in vielen Bereichen der Wirtschafts- und damit der Gesellschaftspolitik keinerlei Mitspracherecht mehr haben. Die Unternehmen haben dann Narrenfreiheit und der Mammon die Allmacht.

Weitere Basis ist die neoliberale Wirtschaftstheorie. Diese Theorie hat seine Wurzeln in einer gesellschaftlichen Weltanschauung, im Liberalismus, dem ein spezifisches Menschenbild zugrunde liegt. Es besagt, dass jedes Individuum alles erreichen kann und dass die Freiheit deshalb unter keinen Umständen eingeschränkt werden darf. Zudem wird jeder am glücklichsten, wenn er frei nur für sich selber schauen muss. Im Gegenteil würde Schutz der Schwachen deren Bevormundung bedeuten und ihre Selbstverantwortung schwächen. Dieses Weltbild ist angenehm und bequem und wird deshalb tendenziell auch eher geglaubt als eine Konzeption, die Einschränkung unserer egoistischen Triebe zugunsten des Nächsten verlangt.

Dasselbe Phänomen sehen wir auf wirtschaftlicher Ebene. Auch hier sind die Perspektiven und die Handlungen von Interessen geleitet, man folgt dabei Theorien, die besser passen als andere. Die Staaten, welche die zuvor genannten internationalen Organisationen und den Welthandel beherrschen, haben ein Interesse, ihre Produkte in neuen Märkten absetzen zu können. Sie versuchen, als

Interessenvertreter der jeweils einheimischen Wirtschaft möglichst gute Konditionen zu erreichen. Bundesrat Deiss tut auf seinen Auslandsreisen auch nichts anderes. Hinter den Wirtschaftsministern und auch direkt hinter den internationalen Organisationen arbeitet die Lobby der multinationalen Unternehmen, die ebenfalls versuchen, ihre Interessen geltend zu machen. Sie können dabei enorme Mittel freimachen. Man muss sich vor Augen halten, dass zum Beispiel das Budget von General Motors grösser ist als das Bruttoinlandsprodukt Dänemarks. Und je freier der Handel und die Verschiebung von Arbeitsplätzen ist, desto mehr haben Staaten ein Interesse, sich die Gunst der Unternehmen zu sichern. Die Multis und auch mittlere Unternehmen - vor allem in bestimmten Sektoren - haben zudem ein grosses Interesse an der Privatisierung von staatlichen Aufgaben, denn auch dies öffnet neue Märkte.

Insgesamt sehen wir eine Verquickung und Wechselwirkung der Wirkungsfaktoren zwischen strukturell bedingten gesellschaftlichen Wertsystemen, der öffentlichen Meinung, wirtschaftlichen Theorien sowie Propaganda durch wirtschaftliche Interessen. In diesem Kontext ist das Handeln der Staaten unter Druck der Multis und der Bevölkerung zu sehen.

Je liberalisierter der Handel und die Gesetze, desto mehr werden die Staaten durch die Wirtschaft gegeneinander ausgespielt, denn die Unternehmen suchen sich die Standorte und Investitionsobjekte aus, die am gewinnträchtigsten sind. Dabei sind Faktoren wie tiefe Steuern, tiefe Löhne, tiefer Arbeitnehmerschutz und keine Umweltauflagen leider vorherrschend. Dieses Ausspielen führt zu einer Spirale des Sozialdumpings, wo die Macht der Multis unangetastet ist, dies noch verstärkt durch die Rechtsprimat, die in den neusten Abkommen eingeführt werden sollen. Zudem muss vor Augen geführt werden, dass die Kapitalmengen in den Händen von internationalen Vermögensverwaltern und Banken explosionsartig zunehmen. Es gibt Vermögensverwalter, deren verwaltetes Kapital inzwischen grösser ist als die meisten Staatsbudgets dieser Welt. Die Ostasiatische Wirtschaftskrise vor wenigen Jahren wurde unter anderem durch den Vermögensverwalter George Soros ausgelöst, der mit seinem verwalteten Geld gegen die thailändische Währung spekulierte. Die Thailändische Nationalbank hatte zu wenig Geld, um dagegenzuhalten...

Folgen

IWF und Weltbank

Die Austeritätspolitik der zwei Institutionen, zur Reduktion der Staatsschulden und zur Ermöglichung der Rückzahlung der Schulden bei den Geberländern, hat für Länder der dritten Welt gravierende Folgen: Einschnitte in die Budgets für Gesundheit bewirken eine Erhöhung der Sterblichkeit und einen verminderten Zugang zu Gesundheit. Die Einschränkung der Subventionen für Grundnahrungsmittel bringt Hunger für weite Teile der Bevölkerung. Einschnitte in den Bildungsetat bewirkt langfristige Schädigung des wirtschaftlichen Fortkommens des Landes und fördert die Errichtung eines dualen Bildungssystemes mit guten Privatschulen für Vermögende und notbehelfsmässigen Grundausbildungsgängen für die ärmere Bevölkerung. Durch die neuen PRSP-Programme wurden diese extremen Folgen nun zum Teil gemildert.

Zwang zur Privatisierung: Um die Schulden bezahlen zu können, werden Länder der dritten Welt gezwungen, wichtige Grundversorgungen zu privatisieren, so zum

Beispiel das Wasser. Da es sich jedoch um ein natürliches Monopol handelt, auf das die Konsumenten nicht verzichten können, kann das private Unternehmen die Preise stark erhöhen, ohne die Leistungen zu verbessern. So geschehen in Mozambique, Ruanda, Niger, Honduras, Jemen, Ghana, Argentinien, Bolivien, etc. Vielen armen Menschen wird damit der Zugang zu sauberem Trinkwasser verwehrt, was wiederum zu Tausenden von Toten führt und jahrzehntelange Bemühungen von Hilfswerken zunichte macht. Die Unternehmen schneiden sich manchmal nur die profitträchtigsten Stücke aus der Wasserversorgung, die unrentablen bleiben beim Staat. Manchmal erleben Städte Wasserrevolten, so in Cochabamba (Bolivien), wo das Privatunternehmen das Land wieder verlassen musste. Allerdings fordert das Unternehmen heute auf gerichtlichem Wege die für Bolivien horrende Summe von 250 Millionen Dollar als Schadenersatz. Auch in den Industriestaaten funktioniert die Privatisierung des Wassers oft nicht: in London erneuert das zuständige Unternehmen nur 1/1000 der Leitungen pro Jahr, und die Stadt New York hat kürzlich die Wasserwerke wieder verstaatlicht. Es ist immer wieder erstaunlich, dass der IWF und die Weltbank immer nur von unbegründeten Ängsten und mangelnder Information der Bevölkerung spricht.

Internetadressen zu diesem Thema: www.challengeglobalization.org, www.bicusa.org, www.swisscoalition.ch, www.psir.org

Besser wäre es, wenn den ärmsten Ländern endlich die Schulden erlassen würden, diese wurden oft von Diktatoren angehäuft, die heutige Bevölkerung trifft keine Schuld. Zudem fließen heute mehr Schuldzinsen von der 3. in die 1. Welt als Entwicklungshilfe von der 1. in die 3. Welt! Es ist Zeit, dass sich die Christen auch hier für Gerechtigkeit einsetzen und die Toten der verfehlten Weltwirtschaftspolitik zählen und nicht nur die Toten der Abtreibung. In den Bereichen Umwelt, Hunger und Krankheit in der 3. Welt löst der freie Markt keine Probleme, da er sich auf die rentablen Bereiche konzentriert und die Kosten externalisiert (das heisst, die Verursacher tragen die Kosten beispielsweise für Umweltzerstörung nicht selber).

Was wären nun die Folgen der vollständigen Anwendung von Abkommen wie dem GATS, das in der WTO momentan ausgehandelt wird?

- In Bereichen, wo kommerzielle Anbieter vorhanden sind, sind keine Subventionen mehr möglich, da dies Marktverzerrend wäre. Betroffen sind zum Beispiel Theater und Filmszene, wie auch die ganze Kultur. Ohne Subvention überlebt nur noch der Business-Anbieter mit Massenunterhaltung.
- Auch der gesamte öffentliche Sektor müsste langfristig privatisiert werden. Die Chancengleichheit für ärmere Bevölkerungsschichten in lebenswichtigen Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Grundversorgung wäre dahin. Die kommerziellen Anbieter können ihre Angebote auf die kaufkräftigsten Schichten ausrichten und brauchen die anderen nicht oder kaum zu berücksichtigen. Dasselbe Schicksal würde die AHV erleben, denn auch hier kann sich ein privater Altersvorsorge-Fonds Zugang zum Markt erklagen.
- Der Staat, das heisst die demokratisch gewählten Organe hätten nicht einmal mehr das Recht, Preise festzusetzen oder Umweltvorschriften für zu privatisierende Bereiche zu erlassen, denn das könnte von einem Unternehmen, das sich für die Übernahme eines solchen Bereiches bewirbt, als Abschreckung und damit als Behinderung des Zugangs aufgefasst werden. Das WTO-Gericht würde ihm nach § 31 und 32 des WTO-Abkommens Recht geben...

In der Schweiz sind die Konsequenzen der Globalisierung nicht so extrem wie in armen Ländern, wo's ans Lebendige geht. Wenn keine Änderung der Weltwirtschaftspolitik eintritt, vor allem in Bereichen der demokratischen Kontrolle in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen, im Zugang zu wichtigen Grundbedürfnissen und in Fragen des Eindringens des Nordens in viele gesellschaftliche Bereiche des Südens, müssen wir wohl oder übel mit vermehrten Kriegen rechnen, meist wohl in Form von Bürgerkriegen.

Widerstand

Seit einigen Jahren formiert sich in allen Teilen der Welt immer mehr Widerstand. Zuerst waren es die Bauern, die gegen die Uruguay-Runde des GATT protestierten, danach immer mehr auch viele NGOs und eine neue, junge linke Szene, die aber sehr heterogen zusammengesetzt ist. Leider befinden sich darunter auch gewalttätige anarchistische Chaoten, die den Medien und den rechten Regierungen den Vorwand liefern, der Opposition gegen die Globalisierung die Legitimität abzuspochen und sie zu stigmatisieren. Die ganze Bewegung wird dadurch geschwächt. Wir dürfen uns aber dadurch nicht abschrecken lassen. ChristNet engagiert sich ebenfalls im Rahmen der Bewegung, und verurteilt schärfstens jede Gewalt. Wir wollen dadurch auch bewusst ein Zeichen setzen. An der Demonstration gegen den G8-Gipfel in Evian (2003) hat ChristNet zusammen mit anderen Organisationen einen Friedensdienst eingerichtet, der mit verschiedenen Methoden versuchte, die Gewaltfreiheit der Demo zu wahren. Zu einem grossen Teil (leider nicht ganz) ist dies auch gelungen, ebenfalls an der WEF-Demo in Davos im gleichen Jahr.

Was können wir tun?

Zum Beispiel

- Demo in Davos anlässlich des WEF (gewaltfrei!).
- Druck auf unsere Behörden: Briefe an den neuen Wirtschaftsminister Deiss und den Gesamtbundesrat: wir haben ihnen kein Mandat gegeben, die Macht dem Mammon zu überlassen.
- Mitmachen bei Kampagnen von NGOs, so zum Beispiel bei der Erklärung von Bern, der Swisscoalition oder der StopArmut2015-Kampagne.
- Druck auf die Multis zur Einhaltung von Arbeitsgesetzen und zum Protest gegen ihre ungebührliche Einflussnahme auf WTO, IWF, Weltbank und Regierungen.
- Von der IWF und Weltbank, aber auch von WTO Demokratisierung fordern.
- Bei Abstimmungen diese Faktoren berücksichtigen und bei Wahlen auf die entsprechende Position der Parteien und Kandidaten achten.